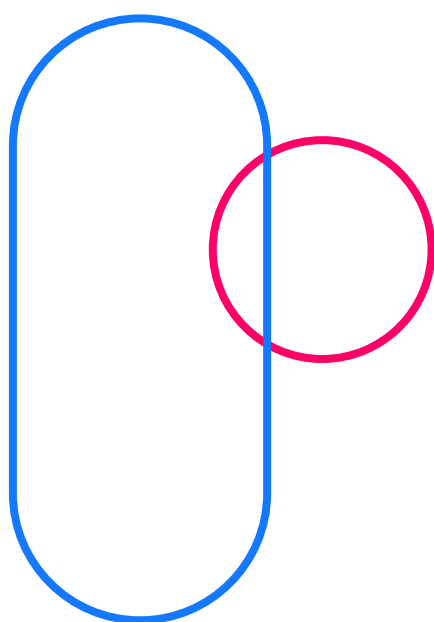
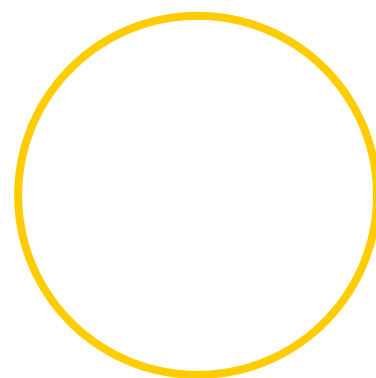


Diversität der Sicherheits- und Verteidigungs- politik an Schulen vermitteln

Beschluss der
47. Vollversammlung am 11.11.2023



Kurz gesagt

Jugendoffiziere der Bundeswehr veranstalten auf Anfrage von Lehrer*innen an Schulen Bildungsmaßnahmen. Als Referent*innen für Sicherheitspolitik haben sie laut Verteidigungsministerium den Auftrag, „Hintergrundinformationen zu geben, die helfen, die komplexen Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Rolle Deutschlands in den Bündnissen kollektiver Verteidigung besser zu verstehen“.

Diese Bildungsmaßnahmen finden als Podiumsdiskussion, Konferenzen und Seminare statt.

Diversität der Sicherheits- und Verteidigungspolitik an Schulen vermitteln

Da die Bundeswehr aus ihrer Sicht diese Themen bestreitet, ist eine Einseitigkeit grundlegend nicht ausgeschlossen. Es fehlt - insbesondere für die eigene Meinungsbildung von Schüler*innen – die unmittelbar und direkt ausgetragene Kontroversität, wie sie im gesellschaftlichen und politischen Raum wahrzunehmen ist. Eine aktive Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die aus friedensethischen Gesichtspunkten andere Sichtweisen auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben, findet nicht statt.

Beschluss

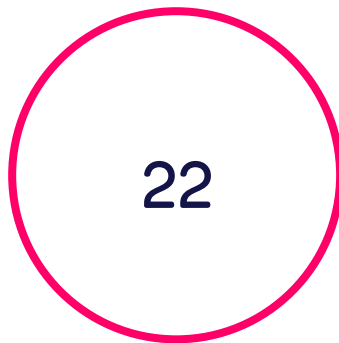
Der Landesjugendring Thüringen e.V. fordert das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport auf, zur Sicherung der Vermittlung einer unmittelbaren und direkten Diversität der Sicherheits- und Verteidigungspolitik beizutragen. Hierzu sind entsprechende Regelungen für Schulen zu erlassen. Dies gilt auch für die Aus- und Fortbildung von Lehrer*innen.

Der Vorstand wird beauftragt, hierzu Gespräche mit der Landesregierung zu führen.

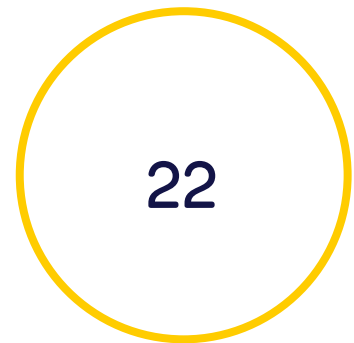
Abstimmung



JA



NEIN



ENTHALTUNG

Die Vertreter*innen der DGB-Jugend erklärten, dass dieser Antrag gegen die Grundsätze der DGB-Jugend verstoße. Gemäß § 15 Abs. 2 der Satzung ist diese Erklärung gleichzeitig und in der gleichen Form wie der Beschluss zu veröffentlichen.

Stellungnahme nach §10 Abs. (1)

Die DGB-Jugend Thüringen erklärt hiermit, dass sie den Beschluss "Diversitärer Sicherheits- und Verteidigungspolitik an Schulen vermitteln" der 47. Vollversammlung des Landesjugendrings Thüringens nicht unterstützt und diesen ablehnt.

Dieser widerspricht den Leitlinien der DGB-Jugend und einem entsprechend gefassten Beschluss auf der 19. Bundesjugendkonferenz.

Die DGB-Jugend Thüringen spricht sich gegen die Militarisierung der Gesellschaft aus. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind vor Militärinteressen zu schützen. Die DGB-Jugend-Thüringen verurteilt, dass Jugendlichen das Soldat*innen-Dasein als „ganz normaler Beruf“ vermittelt wird und die Bundeswehr in Schulen, Ausbildungsbetrieben, Hochschulen und als Lehrkraft, Auszubildende und Berufsberatende auftritt. Insbesondere lehnt sie Kooperationen zwischen Bundeswehr und Kultusministerien ab. Die DGB-Jugend ruft darüber hinaus zu Aktionen gegen Werbeversuche der Bundeswehr auf.

André Sommer
Landesvorsitzender

Björn Schröter / Jessica Weber-Tänzler
Jugendbildungsreferenten